

E 13 (B)/249

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B Confidentiel

Wien, 27. September 1876

Ich habe in einer meiner früheren Depeschen bezüglich des projectirten Handelsvertrages mit Rumänien erwähnt, dass ich mich mit den Gesandten anderer Staaten ins Einvernehmen setzen werde um von ihnen zu erfahren, wie ihre Verhandlungen mit dem Fürstenthum stehen. Auf mein Ansuchen hat nun Graf Zuylen, der Gesandte Hollands confidencieell im Haag angefragt, und mir in einem Billete von dem ich die Ehre habe Ihnen Copie¹ beizulegen, die von dort erhaltene Antwort mitgetheilt. Wie ich auch von andern Kollegen erfahren, werden alle Mächte, die in ein Handelsvertragsverhältniss zu Rumänien treten wollen, auf die Gleichstellung der Confessionen dringen. Die rumänische Regierung hat sich bekanntlich auf das Äusserste gesträubt, die Erwerbung von ländlichem Grundbesitz oesterreichischen Staatsangehörigen zu gewähren und diesen Punkt von vornherein als *conditio sine qua non* des Abschlusses eines Handelsvertrages aufgestellt, indem sie mit vollem Rechte behauptete, dass so wie der Besitz von Immobilien im Lande Fremden vertragsmässig zugestanden werde, Rumänien

1. *Nicht abgedruckt.*



12. OKTOBER 1876

213

von galicischen und ungarischen Juden überschwemmt würde, und dass dieselben durch Wuchergeschäfte bei der bäuerlichen Bevölkerung geradezu den Ruin derselben herbeiführen würden (ähnlich wie sie es auch in Galicien factisch schon gethan haben, wo entweder die Aehre am Felde dem Grundbesitzer nicht mehr gehört, oder der bäuerliche Besitz schon grösstentheils in die Hände der Juden gelangte und auf die verderblichste Weise parcellirt wurde). Die oesterreichische und die ungarische Regierung, sowie die beiderseitigen Parlamente haben ohne besonders grosse Opposition die rumänische Bedingung vertragsmässig angenommen, die übrigen Staaten hingegen sträuben sich diesem Beispiele zu folgen.

Ich glaube nun, es wäre sehr angezeigt, dass auch wir uns wie Holland mit den übrigen Staaten ins Einvernehmen setzen würden, um die nämlichen Forderungen wie sie an Rumänien zu stellen.